

VIK-Stellungnahme zur CCS-Konsultation

1. Juli 2013

Einleitung

In der konsultativen Mitteilung zur CO₂-Abscheidung und Speicherung (*Carbon Capture and Storage*) vom 27. März 2013 stellt die EU-Kommission fest, dass es trotz des EU-Förderrahmens für CCS bis dato kein CCS-Demonstrationsprojekt in der EU gibt. Da CCS aber ein zentraler Bestandteil aller EU-Szenarien zur Dekarbonisierung der europäischen Gesellschaften bis 2050 ist (s. Energiefahrplan 2050), beleuchtet die Mitteilung Fragen und Optionen rund um die Einführung der CCS-Technologie in Europa. VIK möchte hierzu einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

VIK-Position

Die CCS-Technologie ist mit Kosten von ca. €120 - €150/t CO₂ derzeit noch sehr teuer. Solange es keine vergleichbaren Klimaschutzziele in anderen Regionen der Welt gibt, führt die Einführung von CCS zu einem massiven Wettbewerbsnachteil der europäischen Industrie; sowohl für die industriellen Stromverbraucher (aufgrund höherer Strompreise) als auch für solche Industrieanlagen, die CCS einführen müssten. Es ist derzeit auch nicht erwiesen, inwieweit CCS Teil des kosteneffizienten Weges zur kohlenstoffarmen Wirtschaft sein sollte. Auch ist die CCS-Technologie unter Energieeffizienz Gesichtspunkten fraglich, da für die Abscheidung und Speicherung von CO₂ sehr viel Energie benötigt wird. Gleichwohl kann die Einführung von CCS, im Fall von vergleichbaren CO₂-Kosten weltweit, Vorteile haben:

- CCS kann möglicherweise teurere CO₂-Vermeidungsoptionen ersetzen (zum Beispiel nicht kosteneffiziente Energieeffizienz-Maßnahmen) und so die Gesamtkosten der Dekarbonisierung senken.
- CCS kann zur Versorgungssicherheit beitragen, da einheimische Energieträger mit CCS länger genutzt werden können.

Politische Maßnahmen zur Förderung von CCS sollten also das Potential von CCS in Europa erforschen ohne aber die Gesellschaft und die Industrie - in Zeiten unilateraler Klimaschutzverpflichtungen - über Gebühr zu belasten. Um dies zu bewerkstelligen, muss ein zukünftiger CCS-Förderrahmen folgendes berücksichtigen:

- Ohne vergleichbare CO₂-Kosten in anderen Weltregionen, sind zusätzliche Kostenbelastungen für die energieintensive Industrie aufgrund einer CCS-Förderung wirtschaftlich nicht tragbar. Eine verpflichtende Einführung darf es also erst mit international vergleichbaren CO₂-Kosten geben.
- Jede Politik zur CCS-Förderung muss mit Ausgleichsregeln für die Industrien, die von Produktionsverlagerungen bedroht sind, einhergehen.

- Wenn eine Förderung der CCS-Technologie gewollt ist, sollte dies über gezielte Technologiefördermechanismen sowie Forschung und Entwicklung geschehen.
- Um die Kosteneffizienz und Machbarkeit der CCS-Technologie darzustellen, ist eine Demonstrationsanlage nötig. Die NER-300-Förderung hat gezeigt, dass eine solche Anlage mit öffentlichen Mitteln finanziert werden muss, da private Investoren dieses finanzielle Risiko scheuen.
- Für die Erforschung und künftige Nutzung der CCS-Technologie ist eine ausreichende gesellschaftliche Akzeptanz eine wichtige Voraussetzung. Die umfangreiche Erschließung und der dauerhafte Betrieb von geeigneten Lagerstätten sowie der Ausbau eines flächendeckenden Pipelinenetzes erfordern einen rechtzeitigen intensiven Dialog mit der Öffentlichkeit und den NGOs, der nicht nur auf die Industrie abgewälzt werden darf, sondern vor allem auch von der Politik erfolgen muss.
- Eindeutige gesetzliche Rahmenbedingungen sind eine weitere Voraussetzung. Regionale Regelungen – wie in Deutschland – führen zu partikular Regelungen in Bundesländern bis hin zur Verhinderung von Pilotanlagen.
- Bei der Planung der Leitungstrassen müssten die Interessen der Industrie – nicht nur die der Kraftwerksbetreiber – berücksichtigt werden. Diese müssten diskriminierungsfrei geplant werden, um das Verschwinden von Industriestandorten zu verhindern.
- Der Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sollte soweit möglich technologieoffen gestalten werden, da nur so Kosteneffizienzpotenziale gehoben werden können.
- Ein separates Förderinstrument für CCS würde die Energiepolitik um ein weiteres Instrument ergänzen, und damit zusätzliche Schnittstellen schaffen sowie zu Marktverzerrungen führen. Bereits die bestehenden Instrumente bedürfen einer Harmonisierung, da sie sich gegenseitig beeinflussen.